

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

G7-Gipfel in Elmau

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag dankt den im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Elmau eingesetzten Polizeibeamten aus Deutschland und Österreich, den Mitarbeitern von Feuerwehr und Hilfsorganisationen, sowie dem Landrat, dem Landkreis, den Bürgermeistern, den Gemeinden und der Bevölkerung vor Ort für ihr Engagement und ihren Einsatz im Zusammenhang mit dem Gipfel. Ohne das motivierte Arbeiten dieser Menschen hätte sich Bayern nicht als solch professioneller Gastgeber präsentieren können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. zeitnah im zuständigen Ausschuss zu berichten, welche Kosten im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel für den bayerischen Steuerzahler entstanden sind und wie sich dieser Betrag zusammensetzt;
2. sich auf Bundesebene vehement dafür einzusetzen, dass der Bund einen deutlich höheren Anteil an den durch den Gipfel verursachten Kosten übernimmt, als dies bisher vorgesehen ist;
3. dafür Sorge zu tragen, dass für die von den Beschäftigten des Freistaates Bayern aufgrund des G7-Gipfels geleistete Mehrarbeit vorrangig entsprechende Dienstbefreiungen gewährt werden bzw., soweit dies aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist, eine entsprechende Vergütung gewährt wird.

Begründung:

Bayern hat sich durch die professionelle Vorbereitung und Ausrichtung des G7-Gipfels als das „wunderschöne Stück Deutschland“ präsentiert, das Kanzlerin Merkel angekündigt hatte. Dies verdanken wir insbesondere den vielen motivierten und engagierten Menschen, die durch ihre Arbeit einen Beitrag zur Gipfelvorbereitung und -durchführung geleistet haben.

Die Bundesregierung hat jedoch unter anderem durch die Wahl des Tagungsortes und die kurzfristige Verschiebung des Termins für den G7-Gipfel zahlreiche Mehrkosten verursacht, die nicht dem bayerischen Steuerzahler angelastet werden dürfen. Die Staatsregierung hat daher zeitnah die konkreten Kosten zu ermitteln, die durch und im Zusammenhang mit dem Gipfel entstanden sind und diese Kosten jeweils einem Verursacher zuzuweisen. Es liegt in der Verantwortung der Staatsregierung, sich gegenüber der Bundesregierung vehement dafür einzusetzen, dass der Bund diejenigen Kosten trägt, die in seinem Interesse oder auf seinen Wunsch hin entstanden sind.

Zudem hat die Staatsregierung dafür zu sorgen, dass die zahlreichen Staatsbediensteten, die durch ihr Engagement diese Großveranstaltung erst möglich gemacht haben, nicht draufzahlen. Dazu gehört, dass jede Stunde Mehrarbeit, die geleistet wurde, entweder zeitnah ausgeglichen oder eben ausbezahlt werden muss. Auch durch diese Form der Wertschätzung wird dazu beigetragen, die Motivation der Beschäftigten zu erhalten.